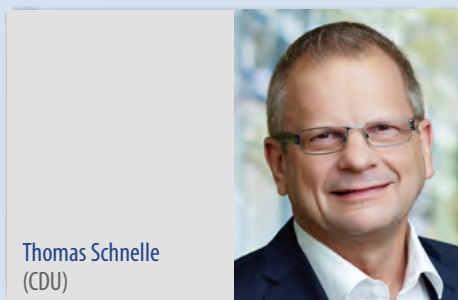


SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier



Der Strukturwandel ist für Menschen und Unternehmen eine Herausforderung, gleichzeitig aber auch eine große Chance, die als gemeinsame kontinuierliche, regionale Gestaltungsaufgabe genutzt werden kann. Strukturbrüche gilt es zu vermeiden. Die Region soll weiterhin Energie- und Industriestandort bleiben; zukunftsfähige innovative Ansätze sind bereits mit Unterstützung der NRW-Koalition erarbeitet und werden nun konsequent umgesetzt.

... kann nun auf Grundlage der Empfehlungen des Berichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ geordnet und verlässlich gestaltet werden.

Neue Arbeitsplätze werden im Rahmen der vorhandenen Stärken des Rheinischen Reviers – wie exzellente Wissenscluster, starke Kommunen, innovative Unternehmen sowie geschlossene, industrielle Wertschöpfungsketten – entstehen. Das Rheinische Zukunftsrevier wird durch Innovationskraft und als Modellregion erfolgreich neue Potenziale erschließen.

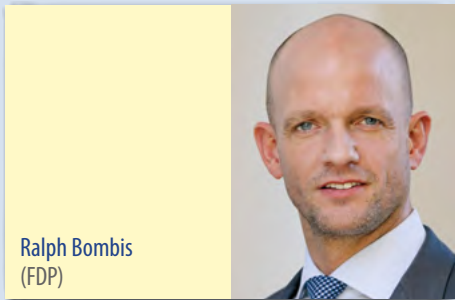
... werden im Rahmen des Ausstiegspfad nur in ausreichender Zahl und Qualität geschaffen werden, wenn Beschäftigte und ihre Qualifikationen stärker als bisher berücksichtigt und die Landesregierung mit den Akteuren vor Ort eine aktivere Rolle bei der Gestaltung des Strukturwandels übernimmt.

Die Energieversorgung wird einen ambitionierten Transformationsprozess durchlaufen. Dabei muss sie stets sicher und bezahlbar bleiben. Für den Wirtschafts- und Industriestandort NRW ist dies essentiell. Die Revisionsklauseln, die als eine zentrale Forderung der Landesregierung NRW Eingang in den Beschluss der Strukturkommission auf Bundesebene gefunden haben, sind ein entscheidendes Instrument, um dies zu garantieren.

... ist mittelfristig gesichert und wird langfristig sicher, sauber und bezahlbar, wenn Staat, Wissenschaft, Bürger und Unternehmen die Herausforderung der Energiewende ernst nehmen und ihren Beitrag – nicht zuletzt für die nötigen Innovationen und Investitionen – leisten.

Die Menschen im Rheinischen Revier werden auch in Zukunft in einer lebenswerten und starken Region leben und arbeiten. Ihr Engagement für ihre Heimat in den Kommunen, in Vereinen und in Tagebaumfeldinitiativen wird von der NRW-Koalition unterstützt. Auf die Menschen kommt es an, darauf richtet sich das politische Handeln der NRW-Koalition aus.

... werden in dem nun klar vor uns liegenden Strukturwandel in den nächsten 20 Jahren viele neue Perspektiven und Chancen bekommen, wenn es gelingt, sie und die gewählten Vertreter ihrer Kommunen direkt und umfassend einzubinden.

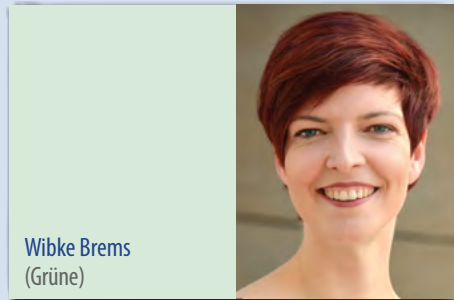


... ist eine große Aufgabe, die mit vereinten Kräften angegangen werden muss. Das Rheinische Revier verdient jede Unterstützung. Wir erwarten vom Bund, dass die Vorschläge der WSBK für die Unterstützung des Strukturwandels zeitnah und ohne Abstriche realisiert werden. Nun geht es darum, die aus der Region selbst entwickelten Projektideen umzusetzen und das Revier als Zukunftsregion aufzustellen.

... können die Region zu einem „Hotspot der Zukunft“ machen. Die ambitionierten Ideen aus der Region bieten das Potenzial für eine starke wirtschaftliche Zukunft – und zwar gerade in den Zukunftsfeldern wie Energie, Mobilität oder Bioökonomie. Dem schmerzhaften Verlust der durch den Kohleausstieg wegfallenden Arbeitsplätze gilt es, mit allen Anstrengungen für neue, attraktive Jobs zu begegnen.

... muss sicher und bezahlbar bleiben. Elementarer Bestandteil des Abschlussberichts der WSBK sind deshalb die Revisionszeitpunkte, an denen die Umsetzbarkeit des Ausstiegpfads jeweils geprüft wird. Das Industrieland Nordrhein-Westfalen ist auf Versorgungssicherheit angewiesen. Wir unterstützen vor allem auch die Vorschläge der Kommission zur Senkung der Stromkosten für die Verbraucher.

... verdienen eine echte Perspektive und die gemeinsame Anstrengung aller Akteure in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Sie wollen und können ihre Zukunft selbst maßgeblich gestalten. Umso wichtiger ist, sie nun im Prozess des Strukturwandels mitzunehmen, ihnen klare und verlässliche Rahmenbedingungen zu geben und damit den Weg des Rheinischen Reviers in eine gute Zukunft zu ebnen.



... muss klare Leitlinien haben. Zwar hat die Landesregierung bisher Einzelprojekte für die Region vorgestellt, für ein Gelingen des Strukturwandels reicht das aber nicht. Wir GRÜNE wollen die Region als Ganzes weiterentwickeln, indem wir sie fit für die digitale Zukunft machen, Kompetenzen bündeln, Infrastruktur neu denken und dabei den Naturschutz nicht vergessen.

... können u. a. im Bereich der Energiewende und Mobilität geschaffen werden. Die Erneuerbaren sind ein größerer Jobmotor als die Braunkohle. Durch Modellprojekte im Bereich der Digitalisierung und der autonomen Elektromobilität, einem nachhaltigen Flächenmanagement und einer vernetzten Wirtschafts- und Forschungsförderung wollen wir die Region zu einem attraktiven Ort für Unternehmen machen.

... muss erneuerbarer und digitaler werden, denn nur so gelingt es, das Klima zu schützen, die Strompreise stabil zu halten und die Energieversorgung sicherzustellen. Helfen soll ein Regionalbüro „Digitale Energiewende“, das von intelligenter Erzeugungs- und Netzsteuerung bis hin zu digitalen Systemen zur Verbrauchsoptimierung tätig wird. Das Ziel ist es, ein klimaneutrales Revier zu schaffen.

... haben Planungssicherheit verdient. Der Ministerpräsident darf sich nicht hinter anderen verstecken und muss in Dialog mit den Betroffenen gehen. Den Erhalt des Hambacher Waldes darf er nicht gegen die Menschen in den Umsiedlungsstandorten ausspielen. Mit dem Kohlekompromiss ist klar, dass weniger Kohle gefördert wird und daher auch die Zukunft der Umsiedlungsstandorte neu diskutiert werden muss.



... im Rheinischen Braunkohlerevier und in der Lausitz ist ein rein ideologisches Projekt, mit dem eine funktionierende, über Jahrzehnte gewachsene Industriekultur mutwillig und ohne Not zerschlagen wird. Die dort beschäftigten Menschen haben kaum Gelegenheit, sich dem anzupassen und adäquate Alternativen zu finden, die ihrer Ausbildung und ihrem Berufsbild entsprechen. Wir müssen uns für deren Interessen einsetzen.

... entstehen zu lassen ist im Sinne einer funktionierenden Volkswirtschaft selbstverständliche Aufgabe der Politik. Mit dem übereilten und wenig durchdachten Ausstieg, wie er nun vorgenommen werden soll, werden bestehende Arbeitsplätze jedoch vorsätzlich abgebaut. Das ist volkswirtschaftlich – wie auch menschlich – nicht vertretbar und birgt unkalkulierte Risiken für die Zukunft unseres Landes.

... muss jederzeit absolut zuverlässig gesichert sein als Grundlage des Funktionierens des privaten, gewerblichen und öffentlichen Lebens und damit unseres Wohlstands: Wir alle leben davon, dass in energieintensiven Wertschöpfungsprozessen Leistungen erzeugt werden. Dies wird nun riskiert zugunsten einer ideologisch motivierten Deindustrialisierung – mit unabsehbaren Folgen in allen Bereichen.

... haben deutliche Anerkennung für ihre harte Arbeit verdient und keine Missachtung. Wir dürfen daher nicht zulassen, dass die im Wesentlichen aus fachfremden Organisationen, wie z.B. Ökoverbänden, Klima-NGOs, Bürgerinitiativen und Kleinstwählergruppen bestehenden Vertreter der Kohlekommission, auf deren Kosten über das Schicksal der deutschen Energieversorgung entscheiden.